

THÜRINGER STROMBRÜCKE BUND NATURSCHUTZ KLAGT NICHT GEGEN DIE 380 KV-LEITUNG IM RAUM COBURG

Der Landesvorstand des BUND Naturschutz hat entschieden, gegen die geplante 380 kV Hochspannungsleitung Remptendorf – Redwitz keine Rechtsmittel einzulegen.

„Wir sehen keine Chancen mehr, die Leitung zu verhindern, solange die EU nicht dafür sorgt, dass auch die Bundesrepublik Deutschland geltende EU-Richtlinien einzuhalten hat. Für das Energiekonzept Deutschland und die Netzplanung wurde immer noch keine EU-weit vorgeschriebene Strategische Umweltprüfung vorgelegt, eine Beschwerde des BUND liegt bei der EU bereits vor. Unsere finanziellen Mittel lassen derzeit aber kaum noch zu gewinnende Klagen nicht mehr zu“, so Richard Mergner, Landesbeauftragter des BN.

„Wir danken allen Aktiven, den Bürgerinitiativen in Thüringen und im Coburger Raum für ihren jahrelangen engagierten Kampf um eine bessere Energie- wende und den Schutz der Landschaft. Der Kampf war nicht erfolglos, wie man am riesigen Widerstand gegen die Gleichstrom-Leitungen sieht, der von den langen Auseinandersetzungen profitiert, wenn er auch im konkreten Fall nicht zum Erfolg geführt hat.“

„Wir hätten uns natürlich ein anderes Ergebnis des Planfeststellungsverfahrens gewünscht, nachdem die fachlichen Gutachten von Prof. Jarrass nie widerlegt werden konnten“, so Annette Martin, Sprecherin der BI Achtung Hochspannung.

„Die Weißenbrunner Bürgerinnen und Bürger sind in Nordbayern die Hauptleidtragenden der Entscheidung der Regierung von Oberfranken. Der vom BN aus gesundheitlichen Gründen geforderte Mindestabstand von 600 m zu Elektromog erzeugenden Hochspannungsleitungen wird hier deutlich unterschritten. Nicht nachzuvollziehen ist, warum bei den viel weniger bedenklichen Windkraftanlagen dagegen der Mindestabstand von 800 m durch die 10-H-Regelung auf bis zu 2 km erhöht wurde.“, so Stefan Beyer, stellvertreter Vorsitzender der BN-Kreisgruppe Coburg.

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 17. März 2015

PM 015-15/LFG

Energie

Anton Reinhardt, Vorsitzender der Kreisgruppe Lichtenfels:

"Leider können wir mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln diese Stromtrasse nicht verhindern. Wir fordern jedoch nachdrücklich eine Erdverkabelung, zumindest in den Trassenkorridoren, die Siedlungsgebiete tangieren. Der Schutz der Bevölkerung muss uns dies wert sein!"

Der BN hatte seit Jahren die Auseinandersetzungen der Bürgerinitiativen unter dem Dach der BI „Achtung Hochspannung“ unterstützt, im Planfeststellungsverfahren umfangreich Stellung genommen und Alternativen vorgeschlagen.

Zuletzt hat der BUND Naturschutz im bayerischen Energiedialog sein Alternativ-Konzept basierend auf Energieeinsparung, Ausbau der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung mit einem „10.000 Häuser-Programm“ und engagiertem Ausbau der Erneuerbaren Energien, auch durch Rücknahme der Blockaderegulierung „10-H“ für die Windkraft, vorgelegt. Er fand dort jedoch keine ausreichende Unterstützung. Es liegt nun an der Staatsregierung, die Vorschläge für ein zukunftsfähiges bayerisches Energiekonzept umzusetzen.

Notwendig hierzu ist ein politisches und gesetzgeberisches Bekenntnis zur Förderung der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung:

Schritt 1: Ministerpräsident Horst Seehofer und Staatsministerin Ilse Aigner setzen sich in Berlin für die Streichung der EEG-Umlage auf eigengenutztem Strom ein.

Schritt 2: Bayern reanimiert den Bayernplan Biogas von 2012 mit Schwerpunkt Biogas-Block-Heiz-Kraft-Werke.

Schritt 3: Bayern entwickelt ein „10.000 Häuser Programm“ pro Block-Heiz-Kraft-Werke, gemeinsam mit dem bayerischen Handwerk.

Im Rahmen des Energiedialogs wurde von der Bayerischen Staatsregierung wieder nur die so genannte „Stromlücke“ präsentiert, die nach Abschalten aller Atomkraftwerke in Bayern entstünde: Eine angeblich fehlende Stromleistung von 5.000 Megawatt und eine angeblich fehlende jährliche Strommenge von 40 Milliarden Kilowattstunden. Aber leider wurde kein neues Energiekonzept für Bayern vorgestellt.

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 17. März 2015

PM 015-15/LFG

Energie

Der BUND Naturschutz forderte in der Diskussion um Stromtrassen seit Beginn der Planungen in 2011, dass die Bundesregierung in einer Strategischen Umweltprüfung nach EU-Richtlinien für das Energiekonzept Deutschland Alternativkonzepte untersucht, die die Potenziale von Energiesparen, von dezentraler Kraft-Wärme-Kopplung und dem Ausbau der Erneuerbaren Energien, auch Windenergie, auch in Süddeutschland, berücksichtigen. Dies ist bislang nicht geschehen.

Nur mittels einer Strategischen Umweltprüfung mit einer Prüfung von Alternativen kann nachvollziehbar und transparent untersucht werden, welche Stromtrassen tatsächlich der Energiewende dienen, oder welche sich an anderen Interessen orientieren, wie den Interessen des europäischen Stromhandels der Großunternehmen. Der BUND Naturschutz hatte von der Staatsregierung Bayern gefordert, und vom Energiedialog Bayern erhofft, dass dort Impulse von Bayern an Deutschland für eine zukunftsfähige Energiepolitik entstehen. Dies wurde nicht erreicht.

Für Rückfragen:

Tom Konopka, Regionalreferent für Mittel- und Oberfranken sowie
Dr. Herbert Barthel, Referent für Energie und Klimaschutz
Tel: 0911-81878-26

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg
Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68
lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Nürnberg, 17. März 2015
PM 015-15/LFG
Energie